

## 1918- EINE ÖSTERREICHISCH REVOLUTION?

War der Umbruch, der 1918 in Österreich stattfand, eine Revolution? Darüber könnte man wohl sehr lange diskutieren. Jedenfalls brachte das Kriegsende einen militärischen Zusammenbruch, einen Zusammenbruch der bestehenden politischen Ordnung, weitgehend auch eine gesellschaftspolitische Umwälzung. Gleichzeitig gab es eine Kontinuität bei politischen Institutionen und auch im Wirtschaftssystem. Kurz zusammengefasst: der Kaiser musste gehen, die Hofleute sind geblieben. Geblieben ist aber bei vielen auch der Wunsch nach einer echten Revolution. Die wesentlichen Ereignisse des Jahres 1918 kann man wohl wie folgt zusammenfassen:

- ein Kriegsende mit Schrecken;
- die Auflösung der österreichisch- ungarischen Monarchie;
- die Ausrufung der Republik Deutsch- Österreich;
- die Anschluss- Bestrebungen.

### 1. Ein Kriegsende mit Schrecken

1914, bei Kriegsausbruch, war die Außenpolitik der europäischen Großmächte bestimmt von einer Logik des Krieges. Der Krieg war integraler Teil der Außenpolitik, so wie es heute etwa bei den Vereinigten Staaten noch der Fall ist. Der Krieg war nicht nur die "Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln", wie der berühmte Satz von Clausewitz lautet, die Politik war vielfach kriegerischen Zielen und kriegerischem Denken untergeordnet.

Diese Denkweise kam etwa sehr klar zum Ausdruck beim Einmarsch der deutschen Truppen in Belgien, ein politischer Fehler erster Ordnung; oder beim "unbeschränkten U- Bootkrieg, einem politischen Desaster, das die USA zum Kriegseintritt veranlasste. Und vor allem eines: man erwartete sich vom Krieg die Lösung der anstehenden politischen Probleme.

Als am 28. Juni 1914 der österreichische Thronfolger Franz Ferdinand und seine Gattin Sophie erschossen wurden, kann dieses Denken voll zum Tragen. Oberst Dragutin Dimitrijevic, Chef des serbischen Geheimdienstes mit dem Decknamen "Apis", wurde als Drahtzieher des Attentats gesehen. Die Kriegspartei in Wien unter Führung von Leopold Graf Berchtold von und zu Ungarschitz, wollte dieses Attentat unbedingt ausnützen, um Krieg gegen Serbien zu führen. Das Protokoll des Ministerrates vom 7. Juni 1914 zeigt, dass man von der Unterstützung Deutschlands überzeugt war; ein Krieg mit Russland wurde in Kauf

genommen. Über die Folgen eines Krieges war man sich offensichtlich überhaupt nicht im Klaren.

Dabei zeigten schon die ersten Kriegswochen das volle Desaster der kommenden Ereignisse: die K und K Armee war schwach; schon in den ersten Kriegswochen, bis Mitte September 1914, wurde ein Drittel der gesamten Armee in den Schlachten im Ostern gegen Russland ausgeschaltet; es gab 400.000 Gefallene, Verwundete und Gefangene. Mit einem Ehrenkodex aus dem Mittelalter zog man gegen Maschinengewehre. Und: das gesamte Kräfteverhältnis der Mittelmächte gegenüber der Entente war sehr zu Ungunsten von Österreich-Ungarn und dem Deutschen Reich ausgerichtet.

Die Gräueltaten des Krieges für Soldaten und Zivilbevölkerung können nicht furchtbar genug dargestellt werden: an der Front fielen um Hundert- tausende junger Menschen, ohne dass wesentliche Gebietsgewinne erzielt worden wären; im Hinterland kam es zur Hungerrevolten, da sich die Ernährungslage drastisch verschlechtert hatte; und die politische und militärische Führung wollte vom Ziel eines "Endsieges" nicht abgehen und verlangte immer neue Opfer. Diese Entwicklung bzw. diese Situation muss man vor Augen haben, wenn man ergründen will, wie es zu einer revolutionären Stimmung kommen konnte. Am 15. September 1918 brach die bulgarische Front zusammen; am 29. September 1918 forderte General Erich Ludendorff, Chef der Obersten Heeresleitung des Deutschen Reiches, einen Waffenstillstand und dachte offensichtlich daran, nach einer kurzen Erholungspause den Krieg fortzusetzen. Am 17. Oktober 1918 hatte sich Kaiser Karl noch an Heer und Flotte gewandt, und Treue und Einigkeit beschworen. Am 3. November stellten die österreichischen Truppen an der Südfront nach einem Waffenstillstandsabkommen mit Italien die Feindseligkeiten ein; doch die Italiener kämpften noch 24 Stunden weiter und machten bei ihrem Sieg von Vittorio Veneto noch 300.000 Kriegsgefangene. Man kann also eine sagen: Soldaten und Zivilbevölkerung wollten das System nicht mehr, das sie diesen unmenschlichen Bedingungen ausgesetzt hatte. Aber entgegen der Vorhersage von Karl Marx kam es nicht zu einem Aufstand des Proletariats gegen die Kapitalisten; es waren vielmehr die Matrosen und Soldaten, die sich in Kiel und in München gegen die staatliche Obrigkeit erhoben und "Arbeiter- und Soldatenräte" gründeten.

So war der deutsche Kaiser Wilhelm II am 9. November 1918 gezwungen, nach Holland ins Exil zu fliehen; am 11. November anerkannte Kaiser Karl in einem Manifest die Entscheidung an, die Deutsch Österreich über seine Staatsform treffen würde und verzichtete auf den "Anteil an den Regierungsgeschäften". Der verlorene Weltkrieg führte also zu einem totalen Zusammenbruch der Staatsmacht und zum Ende des Hauses Habsburg, das Österreich

immerhin über 600 Jahre regiert hatte.

## **2. Die Auflösung der Monarchie**

Österreich-Ungarn war ein Vielvölkerstaat. Die Bevölkerung der Monarchie ist in den Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg dramatisch gewachsen: Tiedemann 1869 erst 35,8 Millionen Einwohner; so waren es 1900 schon 47 Millionen um zehn Jahre später gar 51 Millionen. Dieser starke Anstieg der Bevölkerung war verbunden mit einer starken Industrialisierung und Urbanisierung, aus der ganzen Monarchie zog man in die Städte, vor allem nach Wien, wo um 1900 mehr als die Hälfte der Bevölkerung nicht in Wien geboren war.

In der Hauptstadt war die sprachliche Assimilierung kein großes Problem, sehr wohl aber in anderen Regionen, etwa in Böhmen. Im Vielvölkerstaat lebten zahlreiche Nationalitäten: in der österreichischen Reichshälfte machten die Deutschen 1910 immerhin 35,6 % der Bevölkerung aus; die Tschechen 23 %; die Ruthenen (Ukrainer) 12,6 %; Slowenen 4,5 %; Italiener 2,7 %; aber Polen immerhin 17,8 %. Jedenfalls war die Österreich-Ungarische Monarchie 1914 der zweitgrößte slawische Staat nach Russland, mit 12 Millionen Deutschen und 27,5 Millionen Slawen. Stark war das Völkergemisch auch in der ungarischen Reichshälfte, wo die Ungarn 48 % der Bevölkerung ausmachten; die deutschen 10 %; die Slowaken 9,4 %.

Sehr stark war auch die Auswanderung aus der österreichisch- ungarischen Monarchie, was insofern von Bedeutung wurde, als während des Krieges viele Auswanderer die Bildung von unabhängigen Nationalstaaten für ihre Nation unterstützten. Alleine 1903 wanderten 222.000 Menschen aus Österreich Ungarn aus, davon alleine 206.000 in die USA. 20 % der Einwanderer nach Amerika kamen von 1891-1920 aus der Österreich ungarischen Monarchie, viele von ihnen unterstützten dann die Bildung der jeweiligen Exilregierung.

Schon das 19. Jahrhundert war das Zeitalter des Nationalismus, der in den slawischen Ländern als "Panslawismus" auftrat. Die Anfänge des Nationalismus gehen wohl auf die Französische Revolution zurück, als die Souveränität vom Monarchen auf das Volk überging. In der Folge wurde dann die jeweilige nationale Geschichte verherrlicht; in den Befreiungskriegen wurde für die nationale Unabhängigkeit gekämpft; Dichter und Philosophen verherrlichten diese Bewegung. Der "Panslawismus" war eine besondere Form des Nationalismus unter den slawischen Völkern, die eine Einigung unter russischer Führung anstrebten.

Das Buch "Russland und Europa" von Nikolay Yakovlevich Danilevsky hatte einen großen Einfluss auf die Intelligentsia.

Der Zerfall der Monarchie hat wohl schon 1848 begonnen: damals ist es gelungen, geistige Strömungen wie den Liberalismus und den Nationalismus, das Streben nach Demokratie, mit Waffengewalt niederzuschlagen. Das war ein prägendes Erlebnis für den jungen Franz Josef. Offensichtlich glaubte er, diese Mittel könnten immer angewendet werden, um neuen Strömungen entgegenzutreten. Jedenfalls reagierten die politischen Entscheidungsträger viel zu spät. Erst am 1. Oktober 1918 schlug Ministerpräsident Baron Max Husarek von Henlein im Herrenhaus die Föderalisierung Österreichs vor. Aber zu diesem Zeitpunkt wollten die Tschechen, die Südslawen und die Polen schon längst die volle Unabhängigkeit.

Am 3. Oktober trat Deutschland an Präsident Wilson mit der Bitte um Waffenstillstand auf der Grundlage seiner "14 Punkte" heran. Punkt zehn dieser Erklärung sah die Möglichkeit einer "autonomen Entwicklung" für die Völker Österreich-Ungarns vor. Am 16. Oktober 1918 erließ Kaiser Karl ein Manifest, das die Schaffung eines Staatenbundes vorsah. Das war bereits ein hoffnungsloser Akt. Schon am 14. Oktober hat Edward Benes im Rahmen eines tschechoslowakischen Nationalrates eine Regierung gebildet; am 18. Oktober erfolgte eine Unabhängigkeitserklärung durch Masaryk. Es gab starke Unabhängigkeitsbewegungen auch in Ungarn und unter der südslawischen Bevölkerung. Eine Gemeinschaft, die seit über 400 Jahren bestanden hatte, löste sich auf.

Die Vereinigung verschiedener Nationalitäten im Zeitalter des Nationalismus war offensichtlich eine kaum lösbare Aufgabe. Dazu kam noch, dass der deutsche Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg schon vor dem Krieg erklärte, die nächste Auseinandersetzung wäre ein Kampf des Germanentums gegen das Slawentum, vor allem auch um die Vorherrschaft in Mitteleuropa. Das musste ein Schock für jeden Tschechen und Südslawen sein, der nunmehr gegen die Schutzmacht Russland kämpfen musste. Tatsächlich gab es von Beginn an einen entsprechenden Widerstand gegen Habsburg und den Krieg.

Der fast nicht zu lösende Widerspruch lag auf der Hand: einerseits kämpften Tschechen in der k.u.k. Armee, aber nur eine Niederlage konnte zu einem unabhängigen tschechischen Staat führen. Dabei gab es natürlich die verschiedensten Bestrebungen: der in Österreich lebende Karel Kramar, der zwischendurch von der österreichischen Justiz auch zum Tode verurteilt wurde, wollte ein pan-slawisches Reich unter russischer Führung. Thomas Masaryk, der im Ausland lebte, trat für einen unabhängigen tschechischen Staat ein. Und: je mehr die Tschechen innerhalb der Monarchie unterdrückt wurden, desto stärker wurden die tschechischen Vertreter im Ausland. Am 6. Juli 1915, am 500. Jahrestag der Verbrennung von

Jan Hus, verfassten Edward Benes und Milan Stefanik einen offenen Aufruf gegen Habsburg. Die am 8. Jänner 1918 verkündeten "14 Punkte" von Woodrow Wilson bedeuteten natürlich eine starke Ermutigung für die nationalen Führer.

In Wien wählte eine Provisorische Nationalversammlung einen aus 20 Personen bestehenden "Vollzugsausschuss", der am 30. Oktober zum "Staatsrat" wurde. Somit gab es in der Hauptstadt drei Exekutivorgane: den Kaiser in Schönbrunn; die Regierung von Ministerpräsident Heinrich Lammasch, einen Rechtsgelehrten, am Ballhausplatz; und den Staatsrat in der Herrengasse. Auf den Straßen dominierte vielfach die kommunistische "Rote Garde". Darunter waren viele ehemalige Kriegsgefangene, die in Russland die bolschewistische Revolution miterlebt hatten und die verhungert und in zerrissener Uniform in die Heimat zurückkehrten. Am 2. November empfing der Kaiser den Staatsrat, also die de facto Regierung, um den Waffenstillstand zu unterzeichnen. Der Staatsrat erließ einen Appell an alle, denen "der Aufbau des neuen Staates am Herzen lag". Sie sollten sich umgehend bei den Ersatzkörpern des deutsch-österreichischen Heeres melden, "zur Verteidigung der neuen Freiheit". Das Kriegsende in Österreich war also ein militärisches, politisches und moralisches Desaster. Die alte Ordnung hatte jegliche Legitimität verloren. Zusammen mit den Hohenzollern in Berlin und den Romanows in Moskau mussten die Habsburger abdanken. Viele Menschen wollten eine totale Erneuerung.

### **3. Die Ausrufung der Republik**

Als Reaktion auf das kaiserliche Manifest haben sich zunächst die slawischen Kronländer für unabhängig erklärt; die im Jahre 1911 gewählten Reichstagsabgeordneten der deutschsprachigen Gebiete bildeten die "Provisorische Nationalversammlung des selbstständigen Deutsch-österreichischen Staates" am 21. Oktober 1918. Dabei sprachen sich einige Abgeordnete wie Josef Schraffl aus Tirol oder der deutschnationale Otto Steinwender noch für die Monarchie aus; Sozialisten immer mehr für die Republik. Aber selbst im Oktober 1918 rief der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei, Viktor Adler, noch zu einem "freien Völkerbund" auf.

Am 12. Dezember 1918 wurde die Republik Deutsch-Österreich ausgerufen, Kaiser Karl unterzeichnete ein Dekret, womit er auf die "Ausübung seiner kaiserlichen Ämter" verzichtete und sich auf das Schloss Eckartsau östlich von Wien zurückzog. Eine interessante Frage ist, warum die Christlichsozialen, dem Kaiserhaus stets verbunden, die Republik akzeptiert haben. Der starke Mann dieser Partei, der katholische Prälat Ignaz Seipel, begründete dies so: entscheidend war, dass es beim Systemwechsel zu keiner Gewaltanwendung kam. Dabei hatte

man natürlich auch die Flucht der deutschen Fürsten am 9. November 1918, also einige Tage vor Ausrufung der Republik in Wien, vor Augen. Am 15. November führte Seipel vor dem Klerus aus, "die katholische Kirche bevorzugt keine bestimmte Staatsform". Und in der "Reichspost" vom 17. und 19. November schrieb er: das alte System hat das große Unglück verschuldet, darum muss dieses System weg. Als Sünden des alten Systems führte Seipel an: Militarismus, Bürokratismus, Reste vom Feudalismus und Absolutismus sowie die Tatsache, dass das Volk bei der Kriegserklärung übergangen worden war.

Also: die Republik, die in Österreich "fast von selbst" entstanden ist, d.h. ohne Gewaltanwendung, wäre nur durch Gewaltanwendung, also durch einen Bürgerkrieg, verhindert worden, was Ignaz Seipel ablehnte.

#### **4. Die Anschlussbewegung**

Am 12. November 1918 wurde der neue Staat als Republik Deutsch-Österreich ausgerufen. Die Deutschen in den Kronländern nahmen für sich das Selbstbestimmungsrecht genauso in Anspruch wie die anderen Nationalitäten. Man sprach also damals von den Bewohnern des heutigen Österreich, die deutsch sprachen, von den "Deutschen".

Warum? Das hängt wohl damit zusammen, dass der Name "Österreich" ursprünglich kein nationaler, sondern ein übernationaler Begriff war. Es gab eben tschechische, polnische und deutsche Österreicher. Die Mutter von Ludwig XIV war Anna von Österreich, seine Frau Marie-Therese von Österreich. Erst nach dem Zweiten Weltkrieg ist aus dem übernationalen Begriff "Österreich" ein nationaler geworden. Massive Verfechter des Anschlussgedankens waren nicht nur die Deutschnationalen, sondern auch die Sozialdemokraten, vor allem ihr Obmann Otto Bauer. In seiner Rede am 12. März 1919 führte dieser in der Konstituierenden Nationalversammlung dazu folgendes aus: das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes müsse auch für Österreich gelten. "Wenn wir heute bekräftigen, dass Deutsch-Österreich ein Bestandteil der großen deutschen Republik werden soll, dann wird niemand bezweifeln können, dass wir dazu befugt sind". Und in der Debatte zum Friedensvertrag von St. Germain, in dem das Anschlussverbot verankert wurde, beklagte Otto Bauer: der Friede, der uns jetzt auferlegt wird, reißt deutsches Land mit mehr als 4 Millionen Deutschen von unserer Republik los. Unser Volk kann nur im Rahmen der großen Deutschen Republik eine erträgliche Zukunft finden. Und der sozialdemokratische Präsident der Nationalversammlung, Karl Seitz, bezeichnete das Anschlussverbot als "Todesurteil". Otto Bauer trat wegen des Anschlussverbotes als Außenminister zurück und stellte in seinem Rücktrittsschreiben vom

26. Juli 1919 fest: die Franzosen halten die Zerrissenheit des deutschen Volkes für ein Recht. Insgesamt kann man sagen, dass die Anschlussbestrebungen auf mehreren Gründen beruhten:

- es gab wirtschaftliche Gründe, wenn man das kleine Österreich wirtschaftlich nicht lebensfähig hielt;
- es gab die traditionelle nationale Verbundenheit;
- dazu kamen für die Sozialdemokraten noch ideologische Gründe: man war überzeugt, dass eine sozialistische Revolution

mit dem klerikalen, agrarisch geprägten Österreich nicht durchzuführen sei, in Deutschland hingegen zusammen mit der deutschen Arbeiterschaft, sehr wohl.

Trotz dieser starken Stimmung für einen Anschluss an Deutschland führte Ignatz Seipel vier wesentliche Gründe dagegen an, indem er ausführte:

- es ist keineswegs gewiss, wo der liebe Gott uns Deutsch- Österreicher haben will; auch eine Donauföderation wäre sinnvoll.
- Südtirol ginge verloren, denn die Welt würde niemals dulden, dass das Deutsche Reich über den Brenner reicht.
- Deutschland müsste ein freier Staat sein; an ein Land, in dem Terror und Soldatenräte herrschten, wollte er sich nicht anschließen.
- Und schließlich glaubte Seipel, Deutschland würde sich bei unglücklichen Kriegsausgang aus Österreich schadlos halten, und das müsste verhindert werden.

Das international ausgesprochene Anschlussverbot spielte jedenfalls auch in der weiteren Folge immer wieder eine Rolle. So wurde es im Zusammenhang mit der Schilling Sanierung im Jahre 1922 durch den Völkerbund erneut bekräftigt, was auch ein Grund dafür war, dass die Sozialdemokraten im Parlament dagegen stimmten.

## **5. War es eine Revolution?**

In seinem Buch "Die österreichische Revolution" sprach Otto Bauer von einem dreifachen revolutionären Prozess: es gab eine nationale Revolution, weil neue Nationalstaaten entstanden; es gab eine demokratische Revolution, weil die Parlamente stärker in den Prozess der politischen Willensbildung eingebunden wurden; und es gab einen sozialen Umbruch, da Betriebsräte gebildet und sozialpolitische Weichenstellungen vorgenommen wurden.

Allerdings schwankte Otto Bauer selbst zwischen der Etablierung einer Rätebewegung und der Realpolitik. Als die ungarische Räterediktatur Österreich als Verbündeten gewinnen wollten, schrieb Otto Bauer am 16. Juni 1919 an Bela Kuhn: bei Proklamation einer Räterediktatur in Österreich würden sich klerikalen- agrarische Bundesländer von Wien losreißen; bewaffnete Bauern würden gegen die Bundeshauptstadt marschieren und die Entente würde die Ernährung Wiens einstellen. Otto Bauer führte also keine prinzipiellen Gründe gegen die Etablierung einer Räterepublik an, sondern praktische. Als Bilanz des Jahres 1918 kann man feststellen: der Kaiser musste gehen, die Bürokratie ist geblieben. Verwaltung, Justiz und Polizei blieben in ihren Strukturen bestehen; genauso wie das Wirtschaftssystem. Da also offensichtlich die von der Linken angestrebte bzw. zumindest angedachte Revolution nicht verwirklicht werden konnte, blieben zumindest eine starke Revolutionsrhetorik bzw. der Traum von einer künftigen Revolution. Von diesem Denken war jedenfalls noch das Linzer Programm der Sozialistischen Arbeiterpartei aus dem Jahre 1926 geprägt: man bekennt sich darin offen zum Klassenkampf und betont, dass die Kooperation der Klassen nur vorübergehend bestehen könne. Von der Religion heißt es, sie hilft dem Kapitalismus, die breite Masse des Volkes im Zustand des Elends, der Unwissenheit und der Unterwürfigkeit zu halten. Dieser weiter bestehende Wunsch nach Revolution bzw. der Traum davon hatten gravierende Auswirkungen im praktischen politischen Leben: Opposition wurde, zumindest rhetorisch, nicht nur gegen die Regierung, sondern auch gegen den Staat gemacht, was zu entsprechenden Ängsten im Lager der Christlich-Sozialen und Konservativen führen musste.

Otto Bauer selbst schreibt in seiner "Österreichischen Revolution": Not und Ohnmacht hinderten uns, eine starke revolutionäre Gewalt aufzurichten, wir konnten nur mit geistigen Mitteln die Massen beherrschen. Somit wurde der Traum von der sozialistischen Revolution weiter geträumt; von der Diktatur des Proletariats. In der konkreten Politik führte das dazu, dass Koalitionsangebote hinsichtlich einer Regierungsbeteiligung abgelehnt wurden. Die andere Seite wiederum war überzeugt, dass man kämpfen müsse, um die Kirche zu verteidigen und um den Bolschewismus zu verhindern. Somit blieb die "österreichische Revolution" des Jahres 1918, gerade weil sie nicht den von einigen angestrebten Umbruch brachte, weiter ein Faktor im politischen Leben der Ersten Republik.

(\*) *Dr. Wendelin Ettmayer; ehem Botschafter in Finnland; Kanada und beim Europarat;  
Autor; [www.wendelinettmayer.at](http://www.wendelinettmayer.at)*